

Morddrohungen ums Millionengeld

Bei der geprellten Baselbieter Ärztetochter treiben auch Anwälte und Treuhänder ihr Spiel

Von Daniel Wahl

Dornach/Liestal. Die Nerven der Ganoven, die einer Baselbieter Ärztetochter 4,5 Millionen Franken abgeknöpft haben und deswegen im Jahr 2013 in Untersuchungshaft sassen (siehe BaZ vom Montag), liegen offenbar blank. Seit das Opfer wieder konsequenter sein Geld zurückverlangt, welches es in die SWSI Medical AG zu investieren glaubte, und seit einer der Ganoven mit italienischen Wurzeln ausschert und seinen Anteil der Beute zurückbezahlen will, werden die Erbin und «ihre Beschützer» mit dem Tod bedroht. Dieser Tage ging bei ihr nachts um halb elf von einer italienischen Nummer per SMS die Nachricht ein, sie sei «so gut wie tot» (siehe Bild).

Es ist nicht die erste Morddrohung, die in diesem Zusammenhang ausgesprochen wurde. Auch der Banquier, der das Aktiengeschäft über die Basler Privatbank Trafina abwickelte, dann aber schnell Ungereimtheiten feststellte, wurde offenbar bedroht. Er zeigte die Ganoven bei der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) an und brachte das Strafverfahren in Gang: «Ich weiss, dass 200 000 Franken geboten wurden, um mich und die Ärztetochter umzubringen», erklärt er eisig auf Anfrage. Eine Zeugenaussage, wie Leute aus dem Balkan auf ihn gehetzt würden, liegt der BaZ vor.

Geld verprasst statt investiert

Die russischen Methoden im Baselbiet stellen mutmasslich den Höhepunkt dar, um wieder an das von der Solothurner Staatsanwaltschaft sicher gestellte Vermögen von 3,4 Millionen Franken der Ärztetochter zu gelangen. 1,1 Millionen Franken der 4,5-Millionen-Beute haben der Garagist G. C. aus Dornach, der ehemalige Geschäftsführer der SWSI Medical AG, und sein Komplize M. Z., ein vorbestrafter Garagist in Oberwil, sowie der Dritte im Bunde – ein wegen Betrug Verurteilter – unter sich verteilt.

Damit wurden unter anderem teure Autos, Uhren und Kleider gekauft, statt es, wie vorgetäuscht, in die Firma SWSI Medical AG zu stecken. An das von der Staatsanwaltschaft sichergestellte Ver-



Der Versuch, ans Geld zu kommen. Morddrohungen per SMS aus Italien und Vereinbarungen gegen die Interessen der Ärztetochter.

mögen versuchten die Ganoven wieder zu gelangen, unmittelbar nachdem zwei von ihnen aus der Untersuchungshaft entlassen wurden. Über den dritten im Bunde, bislang nicht in Erscheinung getreten, liessen sie der Ärztetochter empfehlen, den Basler Anwalt Yves Thommen zu engagieren.

Dieser machte sich im Namen seiner gutgläubigen Mandantin ans Werk und setzte mit dem damaligen SWSI-Geschäftsführer G. C. und dessen Anwältin Susanna Marti eine Vereinbarung auf. Zusammengefasst lautete sie: G. C. «intensiviere seine Bemühungen», neue «Käufer von Aktien der SWSI zu gewinnen». Würden welche dieser wertlosen Titel verkauft, erhalte die geschädigte Ärztetochter einen Fünftel des Kaufpreises. Im Gegenzug würde die Ärztetochter der Staatsanwaltschaft mitteilen, dass sie «an der weiteren Aufrechterhaltung der verfügbaren Konten-

sperren sowie der Beschlagnahmung von Vermögenswerten kein Interesse mehr hat. Unmittelbar danach teilte Thommen der Staatsanwaltschaft mit, dass seine Mandantin auf die Parteistellung verzichte.

Die Vereinbarung, die Thommen am 30. August 2013 (siehe Bild) unterzeichnet hat, war der direkte Verrat der Interessen der gutgläubigen Ärztetochter. Es beraubte sie, sich als Geschädigte zu installieren und brachte mit dieser Unterzeichnung die Erbin «wieder dorthin, wie vor der Eröffnung des Strafverfahrens», wie er später selber zugibt. «Ich habe damals G. C. gesagt, dass ich kein Interesse meiner Mandantin an der Unterzeichnung einer solchen Vereinbarung erblicken könne», schützt er sich mit einem Brief vom 21. Februar 2015. Und schreibt weiter: «Ich habe meine Unterschrift ausdrücklich verweigert.» Sein Erinnerungsvermögen

ist getrübt. Auf den Hinweis, dass die BaZ im Besitz der Vereinbarung sei, die er selber unterzeichnet hat, klemmt er das Gespräch ab mit den Worten: «Ich nehme keine Stellung.»

Inzwischen versuchen die Ganoven – namentlich der Garagist G. C. aus Dornach, den Banquier der Trafina als Urheber und geistigen Kopf für die 4,5-Millionen-Franken-Abzocke darzustellen. Er habe das Konstrukt vorgeschlagen, wie man die Ärztetochter dazu bringen würde, ihr Erbe in die Handelsfirma SWSI Medical AG zu investieren. Während in Wahrheit alles Geld auf die Privatkonten der Ganoven selber floss.

Prominenter Treuhänder engagiert

Ins selbe Horn bläst auch der Basler Treuhänder und alt Grossrat Bernhard Madörin, der in der besagten Zeit als Verwaltungsratspräsident der dubiosen SWSI Medical AG fungierte. «Die Trafina-Bank hat als Treiber agiert.» Offenbar schien den Ganoven Bernhard Madörin als geeignete Person, um ihn als Verwaltungsratspräsidenten der SWSI Medical AG zu installieren und ihn ins Boot zu holen.

Dieser hat Erfahrungen im Ausbooten von Minderheitsaktionären; erstinstanzlich wurde er mit einer Geldstrafe verurteilt, weil er sich als Handlanger in krummen Geschäften ums Magazin *Regio Aktuell* anerbott. Dieses Verfahren in zweiter Instanz ist seit anderthalb Jahren hängig. Die Justiz werde von den Verurteilten mit Einsprachen bombardiert, heisst es in Gerichtskreisen.

Drohungen erhielt offenbar auch ein Verwandter der Ärztetochter, der im Jahr 2013 über einen Privatdetektiv etwas zu viel im Luxusleben der Ganoven herum schnüffelte: «In der Zwischenzeit wurde ich massiv von den Herren genötigt, beleidigt, verleumdet», teilte er gestern der BaZ mit. Er habe sich deswegen zurückgezogen. Auf seiner Liste der Drohenden figurieren das Garagisten-Duo G. C. und M. Z., ein Basler Kleiderhändler und Bernhard Madörin als «Vertrauter von G. C.» und jener Dritte im Bunde, der heute als Einziger Einsicht zeigt, das Geld zu Unrecht erworben zu haben. Es gilt für alle die Unschuldsumsetzung.

Nachrichten

Grenzwache stellt Einbrecher am Zoll

Rheinfelden. Am Sonntagvormittag gingen der Schweizer Grenzwache vier mutmassliche Einbrecher ins Netz. Die Rumänen im Alter von 25 bis 33 Jahren wurden festgenommen, nachdem verdächtiges Werkzeug, Funkgeräte sowie ein als gestohlen gemeldetes Mobiltelefon zum Vorschein gekommen waren. Die Grenzwächter hatten das Auto mit spanischen Kontrollschildern am Grenzübergang Rheinfelden kontrolliert.

Leitplanke durchbrochen und den Abhang hinunter

Waldenburg. Ausgerechnet kurz vor der starken Linkskurve eingangs der Waldenburger Hauptstrasse erlitt ein 76-jähriger Autofahrer am Sonntagmittag einen Krampf in der rechten Wade. Daher konnte er laut Polizei nur ungenügend abbremsen, sein Wagen kollidierte rechts mit der Leitplanke, durchbrach sie und rutschte zehn Meter rückwärts den Abhang hinunter. Das Fahrzeug kam am Strassengeländer des Guggeweges zum Stillstand. Der Lenker und seine Ehefrau wurden zur Kontrolle in ein Spital gebracht.

Junge CVP Baselland wählt neues Präsidium

Münchenstein. Auf Anfang April trat Géraldine Häring als Präsidentin der JCVP Baselland zurück. Als Nachfolger wählte die Mitgliederversammlung ein Co-Präsidium: Nadja Lüthi und Isaak Nohara. Die Münchensteinerin Nadja Lüthi (29) ist in einer Basler Anwaltskanzlei als Advokatin tätig. Der 29-jährige Oberwiler Isaak Nohara ist an den Masterstudien in Chemie. Neben den Bisherigen Géraldine Häring und Pauline Häring nimmt neu auch Marco Muro (24, Laufen) Einsitz im Vorstand.

10,2 Millionen Franken aus dem Swisslos-Fonds

Liestal. Aus dem Swisslos-Fonds sind im letzten Jahr rund 10,2 Millionen Franken an 277 wohltätige und kulturelle Projekte geflossen. 2014 waren es 12,5 Millionen Franken für 240 Projekte. Dem Regierungsrat standen 2015 als Anteil am Reingewinn von Swisslos 11,2 Millionen Franken zur Verfügung.

Zur Bildungsdeologie der Erziehungsdirektorenkonferenz Eymann negiert die Realität

Von Alina Isler

Regierungsrat Eymanns Replik auf den Artikel «Ein Flop, den niemand sofort stoppen will» von BaZ-Journalist Thomas Dähler besteht darin, ihm vorzuwerfen, er würde nicht sachlich berichten. Diese Igeltaktik passt haargenau zum gängigen Abwehrmechanismus der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), deren Präsident Eymann ist: Kritiker werden reflexartig als unwissend oder schlecht informiert hingestellt und so diffamiert. Ähnlich ergeht es auch den zahlreichen, sachlich Kritik übenden Eltern und Basler Lehrpersonen, denen vorgehalten wird, sie verstehen halt eben das System (noch) nicht. Der EDK ist Kritik, so fundiert und belegt sie auch immer ist, ein Dorn im Auge – diese könnte ja den Elfenbeinturm zum Einsturz bringen.

Bildungsdirektor Eymann ist der Ansicht, im Moment scheine «ein Streit der Studien zu herrschen». Da verwechselt er offensichtlich etwas ganz gehörig. Sämtliche wissenschaftlichen Studien weisen klipp und klar nur in eine einzige Richtung: Die von der EDK ausgetüftelte neue Bildungsdeologie wird in einem Fiasko enden. Dählers Formulierung, «eine halbe Generation wird damit leben müssen, dass sie in der Schule als Versuchskaninchen für ein unausgereiftes Sprachenkonzept herhalten musste», könnte nicht treffender sein. Die Wirksamkeit der neuen und bei den Fachpersonen heftig kritisierten Passepartout-Fremdsprachendidaktik hingegen konnte noch mit keiner einzigen Studie auch nur ansatzweise belegt werden.

Die wissenschaftliche Studie von Simone Pfenninger von der Universität Zürich als qualitativ ungenügend zu

bezeichnen und ihr die Aussagekraft abzuspüren, ist ein starkes Stück vom Basler Bildungsdirektor und zeigt vielmehr, in welchem Argumente-Notstand er sich befindet. Gleichermassen bemerkenswert wie widersprüchlich ist auch seine Forderung, dass man von den Schüler/-innen etwas fordern darf, damit sie sich gegen die internationale Konkurrenz durchsetzen können, gleichzeitig aber eingesteht, dass niemand erwartet, dass die Abgänger/-innen der obligatorischen Schule eine Fremdsprache «können» müssen. Wozu dient dann der Unterricht? Ich frage mal meine Lehrerinnen und Lehrer am Gymnasium.

Ich befürworte einen stufengerechten und klassischen Sprachunterricht mit einem erheblichen spielerischen Anteil an den Primarschulen, der die Kinder motiviert und begeistert. Gleichwohl sollen die Lernenden in kleinen Schritten einen grammatikalischen Aufbau als Fundament der Sprache gelehrt bekommen, sich einen alltagstauglichen Wortschatz aneignen und so die Sprache kontinuierlich verstehen und anwenden lernen. Dies mit einem Lehrmittel, das einen verständlichen roten Faden hat und nicht einem teuren Comicheft ähnelt, das als Einweg-Lehrmittel nach kurzer Zeit im Altpapier landet. Die neuen Lehrmittel «Mille feuilles» und «New World» verfehlen diese Anforderungen deutlich.



Die wenig staatsmännische Replik von Regierungsrat Christoph Eymann hat mich nicht überzeugt.

Alina Isler, Vorstandsmitglied Starke Schule Baselland.

Keine Verwaltung im Sandwich

Pratteln stimmt zum zweiten Mal über Projektierungskredit ab

Von Christian Horisberger

Pratteln. Auf den ersten Blick sieht das Abstimmungsplakat aus wie eine Werbung für eine Fast-Food-Bude. Es zeigt ein Hamburger-Brötchen, darin eingeklemmt ein gelbes Etwas. Das Gelb aus dem Prattler Ortswappen symbolisiert die Gemeindeverwaltung zwischen zwei Fremdkörpern. Mit dem Plakat machen die Gegner mobil für die Volksabstimmung über den Projektierungskredit für eine Gemeindeverwaltung im Stockwerkeigentum.

Das Sujet sei wohl etwas ungewöhnlich, sagt Patrick Weisskopf, Mitglied des Abstimmungskomitees und Einwohner der Grünen-Unabhängigen, «doch es ist schwierig, einen Blickfang für etwas zu schaffen, das es nicht gibt». Das zehnstöckige Haus auf dem heutigen Coop-Parkplatz existiert erst auf dem Reissbrett. Mit dem Sandwich wollen die Projektgegner zeigen, wie die Verwaltung im Neubau eingeklemmt und bei einer allfälligen späteren Expansion behindert würde.

«Stimmt nicht», wehrt sich Gemeindepräsident Beat Stingelin. Die Verwaltung sei in den drei untersten Geschossen des zehnstöckigen Neubaus auf dem Coop-Parkplatz vorgesehen, von einem Sandwich könne daher keine Rede sein. Zudem habe sich die Gemeinde die Option ausbedungen, eine weitere Etage hinzukaufen zu können. «Wenn den Gegnern der Standort nicht passt, sollen sie das so sagen und nicht etwas behaupten, das nicht stimmt.»

Die Stunde der Wahrheit schlägt am kommenden Sonntag. Dann werden die Weichen gestellt für die Zukunft der Gemeindeverwaltung. Der Bedarf an



Keine neue Imbissbude. Politische Werbung einmal anders. Foto Ch. Horisberger

einem Neubau wird aufgrund des technischen Zustands der heutigen Verwaltung und der Raumsituation von keiner Seite bestritten. Das Wie umso mehr.

20 Millionen für Kauf

Über den Kredit von 300 000 Franken für die Projektierung des Stockwerkeigentums – der Kaufpreis dürfte sich auf gegen 20 Millionen Franken belaufen – haben die Prattler 2013 schon einmal abgestimmt. Die SVP und die Grünen-Unabhängigen hatten mit dem Behördenreferendum eine Volksabstimmung erzwungen. Dort obsiegt die Befürworter knapp. Doch das Kantonsgericht sistierte den Urnengang. Es folgte einer Beschwerde der Projektgegner, die monierten, sie hätten ihre Argumente in den Abstimmungsunterlagen nicht ausführlich darlegen können.

Zwei Jahre und acht Monate sollte es bis zur Wiederholung der Abstimmung

dauern. Stingelin begründet den Verzug mit zusätzlichen Abklärungen zu Alternativstandorten. Dies sei geschehen – mit demselben Ergebnis wie vor knapp drei Jahren: Der Gemeinderat erachtet die Bahnhofstrasse als die beste Variante. Der Standort sei der zentralste, am heutigen Verwaltungsstandort würde ein Grundstück frei, auf dem Alterswohnungen gebaut werden könnten – wobei die Gemeinde beim Investor Baurechtszinsen kassieren könnte.

Ein Stockwerkeigentum auf dem früheren Häring-Areal oder eine Einnmietung im Hochhaus am Bahnhofplatz schnitten nach der Beurteilung des Gemeinderats schlechter ab. Und gegen einen Neu- oder Umbau am heutigen Standort sprächen vor allem teure Provisorien für die Verwaltung während der Bauarbeiten.

Die Gegner des Stockwerkeigentums favorisieren dennoch einen Neubau am heutigen Standort der Verwaltung – nur 150 Meter vom Projekt an der Bahnhofstrasse entfernt und als «essenziellen Beitrag an die Aufwertung und Belebung des Dorfkerns». Der Neubau an der Bahnhofstrasse, der mit oder ohne Gemeinde realisiert wird, solle einer geschäftlichen Nutzung zugeführt werden. Dort bräuchte es mehr Läden für Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe, argumentieren die Gegner. Der Gemeindepräsident hat da seine Zweifel: «Mehrere Ladenlokale an bester Lage stehen leer.»

Stingelin schätzt, dass es eng wird am Wochenende. Nachdem die Stimmbürger der Verwaltung jüngst nicht mehr Personal zugestanden haben, würde es ihn nicht überraschen, wenn sie ihr auch nicht mehr Raum gönnten.